

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Mag. Harald Stefan, Christian Lausch
und weiterer Abgeordneter
betreffend Einbeziehung der Insassen von Justizanstalten in die gesetzliche
Krankenversicherung

**eingebraucht im Zuge der Debatte zu TOP 38, Bericht des Justizausschusses
über die Regierungsvorlage (1365 d.B.): Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG
zwischen dem Bund und den Ländern, mit der die Vereinbarung gemäß Art. 15a
B-VG über die Abgeltung stationärer medizinischer Versorgungsleistungen von
öffentlichen Krankenanstalten für Insassen von Justizanstalten geändert wird
(1407 d.B.), in der 158. Sitzung des Nationalrates, 15.12.2016, XXV. GP.**

Insassen von Justizanstalten sind – sieht man von der Arbeitslosenversicherung für
arbeitende Häftlinge ab – nicht sozialversichert. Die Kosten für ihre ärztliche
Betreuung und medizinische Behandlung werden unabhängig von der Arbeitsleistung
direkt vom Bund getragen. Ärzte und Krankenanstalten verrechnen dem
Bundesministerium für Justiz den Tarif für unversicherte Privatpatienten, der nach
Angaben eines hochrangigen Beamten des Ressorts „*deutlich über den von den
Sozialversicherungsträgern eingehobenen Beiträgen*“ liegt. So kostet etwa „*ein Tag
als Nichtversicherter im Wiener Allgemeinen Krankenhaus in der allgemeinen
Gebührenklasse 1.127 Euro. Für ein 30-minütiges ärztliches Beratungsgespräch
würden rund 60 Euro verrechnet.*“

(<http://derstandard.at/2000043360105/Privatpatient-Haeftling-Steigende-Kosten-fuer-Krankenversorgung>).

An dieser massiven Geldverschwendung hat der Rechnungshof schon vor Jahren in
seinem Bericht „*Kosten der medizinischen Versorgung im Strafvollzug – Bund
2012/3*“ deutliche Kritik geübt und Einsparungsmöglichkeiten aufgezeigt. „*Die
Ausgaben für die medizinische Versorgung von Häftlingen stiegen von 29,34 Mill.
EUR (2000) auf 73,76 Mill. EUR (2010). Im Durchschnitt betragen die Ausgaben pro
Häftling 2009 8.418 EUR und waren damit rund dreimal so hoch wie die laufenden
öffentlichen Gesundheitsausgaben pro Kopf in Österreich.*“, ist weiters dem Bericht
zu entnehmen.

Die Gesundheitsausgaben für die Insassen von Justizanstalten steigen trotz des
gleichgebliebenen Gesamtbestandes an Insassen weiterhin ungebremst. Im Jahr
2015 lagen sie bei über 80 Millionen Euro!

Im Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung 2013-2018 wird eine
Maßnahme dem genannten Thema gewidmet, jedoch ist diese augenscheinlich nicht
umgesetzt worden.

Aus den dargelegten Gründen stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zuzuleiten, welche die Einbeziehung der Insassen von Justizanstalten in die gesetzliche Krankenversicherung vorsieht.“

Stel
P. Sedz
Owin
f. Lintl
Chun...

Stel

